



AMI BOSSARD,
PRÄSIDENTIN PRO LIBERTATE

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Was bedeutet uns eigentlich der 1. August? Ein bezahlter Feiertag, Freinacht, ein Folkloreangebot für Touristen, ein Spieltag für die Kinder, ein Stresstag für überforderte Eltern, ein Fernsehtag für gelangweilte Kids, eine Partynight für die Jugend und eine Bühne für phrasengeschwängerte Politikerreden? Eigentlich feiern wir den 714. Geburtstag unserer Eidgenossenschaft, der allen Schweizerinnen und Schweizern etwas bedeuten sollte, denn wir alle beeinflussen und bestimmen dieses Staatswesen – selbst dann, wenn wir uns nicht mehr darum kümmern –, denn, wer schweigt, stimmt zu. Unsere Gesellschaft ist ja sehr beschäftigt, manchmal geradezu überbeschäftigt, doch stellt sich die Frage, womit. Leben wir vielleicht nicht am Wesentlichen vorbei, setzen die falschen Prioritäten und lösen die falschen Aufgaben und stehlen uns aus der Verantwortung? Eltern delegieren die Kindererziehung an staatliche Organisationen, Gemeinden übergeben knifflige Problembereiche dem Kanton und die Kantone würden lieber Bundespolitik betreiben und die maroden Kassen mit Bundesgeldern stopfen lassen. Gewisse Departementschefs (Bundesräte!) kurven sprücheklopfend mit einem Medientross weltweit herum und hoffen, sich ihrer Verantwortung für die anstehenden

zum **BUNDESFEIERTAG** **2005**

Aufgaben mit einem EU-Beitritt zu entledigen. Dies nur einige Beispiele für die unselige Kompetenzvermischung, welche uns auch teuer zu stehen kommt, ja, unbezahlbar wird. Die Staatsschulden sind im letzten Jahrzehnt ins Unermessliche gestiegen. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Wie soll das die kommende Generation berappen? Wenn wir Zukunft wollen, so müssen wir umdenken und endlich wieder Verantwortung übernehmen. Für uns Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies, dass wir selbst verantwortlich sind für die Erziehung unserer Kinder, und nicht die staatlichen Bildungsinstitutionen. Auch der Staat muss sich auf seine Aufgaben konzentrieren, seine Reglementierungswut eindämmen und die Verwaltung abspecken. Ich erlaube mir hier, die Aussagen vom ehemaligen Kardinal Ratzinger und heutigen Papst Benedikt über den Staat zu zitieren: **«Die Aufgabe des Staates ist es, das menschliche Miteinander in Ordnung zu halten, also einen solchen Ausgleich der Freiheit und der Güter zu schaffen, dass jeder ein menschenwürdiges Leben führen kann. (...) Der Staat garantiert das Recht als die Bedingung der Freiheit und des gemeinsamen Wohlstands. Zum Staat gehört deshalb zum einen, dass regiert werde; zum anderen aber, dass dieses Regieren nicht**



einfach Ausübung von Macht, sondern Schutz des Rechtes eines jeden Einzelnen und des Wohlergehens aller sei.

Nicht ist es Aufgabe des Staates, das Glück der Menschen herbeizuführen, und nicht ist es daher seine Aufgabe, neue Menschen zu erschaffen. Es ist ferner nicht seine Aufgabe, die Welt in ein Paradies zu verwandeln.»

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen und besinnlichen 1. August. Setzen wir uns ein für eine gesunde Entwicklung unserer Kinder und Grosskinder und für eine freie, eigenständige Schweiz, die es wagt, die eigenen Aufgaben verantwortungsvoll zu lösen.

In dieser Ausgabe

- 2** Personenfreizügigkeit: Mit offenen Augen in die Armut?
- 4** Zusammenfassung



EU-Staaten, EU-Beitritts- kandidaten*, Norwegen und die Schweiz im Vergleich

	Einwohner	Bruttonominalprodukt ¹ pro Kopf	Arbeits- losigkeit
Belgien	10,333 Mio.	22 940 US\$	6,9%
Bulgarien*	7,965 Mio.	1 770 US\$	19,4%
Dänemark	5,374 Mio.	30 260 US\$	4,3%
Deutschland	82,532 Mio.	22 740 US\$	8,6%
Estland	1,358 Mio.	4 190 US\$	12,6%
Finnland	5,199 Mio.	23 890 US\$	9,0%
Frankreich	59,485 Mio.	22 240 US\$	8,9%
Griechenland	10,631 Mio.	11 660 US\$	9,6%
Grossbritannien	59,229 Mio.	25 510 US\$	5,1%
Irland	3,920 Mio.	23 030 US\$	4,2%
Italien	57,690 Mio.	19 080 US\$	9,0%
Kroatien	4,465 Mio.	4 540 US\$	15,2%
Lettland	2,338 Mio.	3 480 US\$	12,8%
Litauen	3,469 Mio.	3 670 US\$	13,8%
Luxemburg	0,444 Mio.	39 470 US\$	3,0%
Malta	0,397 Mio.	9 260 US\$	8,2%
Niederlande	16,144 Mio.	23 390 US\$	3,1%
Norwegen	4,538 Mio.	38 730 US\$	3,9%
Österreich	8,048 Mio.	23 860 US\$	3,6%
Polen	38,626 Mio.	4 570 US\$	19,9%
Portugal	10,177 Mio.	10 720 US\$	5,1%
Rumänien*	22,300 Mio.	1 870 US\$	6,6%
Schweden	8,924 Mio.	25 970 US\$	5,2%
Schweiz	7,290 Mio.	36 170 US\$	2,9%
Slowakei	5,379 Mio.	3 970 US\$	18,6%
Slowenien	1,964 Mio.	10 370 US\$	6,8%
Spanien	40,917 Mio.	14 580 US\$	11,4%
Tschechien	10,210 Mio.	5 480 US\$	7,3%
Türkei*	69,626 Mio.	2 490 US\$	10,6%
Ungarn	10,159 Mio.	5 290 US\$	5,8%
Zypern	0,765 Mio.	12 320 US\$	3,9%

¹ Bruttonominalprodukt (BSP):
Gesamtheit aller Güter
und Dienstleistungen, die von
einer Volkswirtschaft erzeugt bzw.
geleistet werden.
(Quelle: Länderlexikon 2005,
www.spiegel.de)

Personenfreizügigkeit: Mit offenen Augen in die Armut?

NATIONALRAT LUZI STAMM, BADEN

Freier Handel bringt uns Wohlstand; freie Einwanderung bringt uns Armut. Niemand kann die Gesetze der Logik und der Ökonomie ausser Kraft setzen. Freie Einwanderung zwischen einem armen und einem reichen Land ist immer und überall zum Nachteil des wohlhabenden Landes. Wer das Gegenteil erzählt, könnte ebenso gut behaupten, Wasser fliesse aufwärts.

Brutale Nivellierung nach unten

Weshalb haben alle wohlhabenden Länder wie die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan strikte Einwanderungsbeschränkungen, ganz zu schweigen von kleinen reichen Staaten wie Singapur, Dubai, Katar etc.? Sie alle wissen, dass ihnen Personenfreizügigkeit Nivellierung nach unten bringen würde. Auch die EU würde sich hüten, ge-

genüber Nordafrika die Personenfreizügigkeit einzuführen. Kein Spanier käme auf die Idee, freie Einwanderung aus dem wesentlich ärmeren Marokko zu propagieren. Uns aber wollen der Bundesrat, die Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und die meisten Medienvertreter weismachen, es bringe der Schweiz mehr Wohlstand, wenn wir mit EU-Oststaaten freie Einwanderung vereinbaren, in denen das Lohnniveau zehnmal tiefer liegt als bei uns.

Die Deutschen machen nun die bittere Erfahrung, was passiert, wenn ein (ehemals) reiches Land wie Deutschland die Personenfreizügigkeit mit den viel ärmeren Oststaaten einführt. Die Ostzuwanderung bringt ihnen eine brutale Nivellierung nach unten. Die Arbeitslosigkeit explodiert, die Löhne brechen zusammen, die Schere zwischen Arm und Reich wird auseinander gerissen.

Faktisch freie Einwanderung

Viele Schweizerinnen und Schweizer haben bereits vorschnell «Ja» zur Personenfreizügigkeit gesagt, ohne sich im Detail zu überlegen, was dies heisst: Ausländer erhalten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung; die Schweizer Behörden verlieren die Möglichkeit, die Einwanderung zu steuern oder zu begrenzen. Wir können nicht mehr selbst entscheiden, wer einwandern darf und wer nicht; weder die Arbeitsmentalität noch die beruflichen Fähigkeiten noch der Integrationswille (der Wille, sich bei uns anzupassen) dürfen eine Rolle spielen. Dass es einen Arbeitsvertrag brauche, um in die Schweiz einwandern zu können, ist schlicht und einfach nicht wahr. Jeder kann als selbständig Erwerbender einwandern. Deutschland wird überrannt von osteuropäischen «Einmanngesellschaften», die als Selbstständige ihre Arbeit zu Tiefpreisen anbieten, völlig legal. Sie kommen zu Hunderttausenden als «Ein-Mann-Geschäft», als «Ein-Frau-Putzinstitut», als «Ich-Taxi», als Tagelöhner; sie wohnen teilweise in Billigunterkünften oder Masslagern. Für die Schweiz wären die Folgen wohl noch gravierender, da bei uns das Wohlstandsniveau noch höher ist als in Deutschland.

Übergangsfristen und flankierende Massnahmen wirkungslos

Die Befürworter loben, es sei gelungen, lange Übergangsfristen auszuhandeln. Das bringt nichts. Entscheidend bleibt, dass uns die Personenfreizügigkeit tiefe Löhne und hohe Arbeitslosigkeit bringt. Ob die Armut einige Jahre früher oder später resultiert, spielt keine Rolle. Flankierende Massnahmen sind ebenfalls wirkungslos, vor allem deshalb, weil sie bei selbständig Erwerbenden überhaupt nicht anwendbar sind. Eine Wohnung kann zu einem Pauschalpreis geputzt, ein Haus zu einem Pauschalpreis gemalt, ein Dach zu einem Pauschal-

preis gedeckt werden, auch wenn dabei nur ein Hungerlohn verdient wird. Jedermann wird also seine Arbeitskraft zu beliebigen Tiefpreisen als Selbstständiger anbieten können. Wiederum Deutschland zeigt, welche gravierenden Folgen das hat. Bereits geht der Spruch um: «Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!» Glauben die Gewerkschaften wirklich, das ökonomische 1x1 ausser Gefecht setzen zu können?

Schon bei den 40-Tonnen-Lastwagen hat man uns gesagt, mit Übergangsfristen und flankierenden Massnahmen habe man alles im Griff, es werde «keine Lastwagenlawinen geben». Weit gefehlt! Und jetzt tönt es wieder genau gleich; allerdings geht es diesmal um wesentlich mehr als nur um Lastwagen, jetzt steht der Wohlstand als Ganzes auf dem Spiel.

Der Ruin der Sozialwerke

Wenn Ausländer zu Tiefstlöhnen (als Selbstständige) einwandern, werden die Einheimischen in die Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Krankentaggeldversicherung, Krankentaggeldversicherung gedrängt. Zudem erhalten die Ausländer direkten Anspruch auf unsere Sozialleistungen, auf Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen, Krankentaggeld, AHV etc. Sie sind ab sofort nach Schweizer Standards krankenversichert, inklusive Familie im Heimatland. Wer arbeitslos wird, hat ab dem ersten Tag Anspruch auf Arbeitslosengelder, berechnet auf dem hohen Schweizer Lohn, auch wenn er in seiner Heimat nur zu Tiefstlöhnen gearbeitet hat. Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit drohen, unser Sozialwerk zu ruinieren.

Personenfreizügigkeit mit Rumänien, dem Balkan und gar der Türkei

Wer jetzt Ja stimmt, muss das konsequenterweise auch bei künftigen Erweiterungen der EU tun. Bereits auf 2007 ist der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien geplant. Danach werden die Balkanstaaten (Kroatien, Mazedonien, Serbien inkl. Kosovo, Bosnien, Albanien) folgen. Spätestens dann würden wir bei einem Ja zur Personenfreizügigkeit eine schädliche Masseneinwanderung erleben, welche die Schweiz weder wirtschaftlich noch sozial verkraften könnte (von den Problemen in den Schulen bis zum Anstieg der Kriminalität). Wenn gar die

Türkei in die EU aufgenommen würde, sind die Folgen unabsehbar.

Keine Angst vor der EU bei einem Nein!

Die Befürworter sehen langsam ein, wie unhaltbar ihre Behauptung ist, die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die EU-Oststaaten liege in unserem Interesse. Also beginnen sie zu behaupten, die EU werde die Bilateralen I kündigen (und allenfalls Schengen nicht in Kraft setzen). Das ist eine pure Drohung. Die EU hat uns vor fünf Jahren (bei den Bilateralen I) die Möglichkeit eingeräumt, jetzt Nein zu sagen. Sie hätte damals verlangen können, dass bei einer Osterweiterung die Personenfreizügigkeit automatisch ausgeweitet würde. Sie hat das nicht getan, weil sie uns die Möglichkeit geben wollte, nun frei zu entscheiden. Die EU hat kein Interesse, ihr damaliges Versprechen zu brechen. Wir können also ruhig Nein stimmen.

Generell ist auffallend, wie die Befürworter mit Falschinformationen hantieren. In ihren Inseraten argumentieren sie, ein Ja sei notwendig, um den Zugang zu den freien Märkten zu erhalten. Auch das ist Unsinn. Offene Märkte mit den zehn neuen EU-Staaten haben wir längst. Personenfreizügigkeit hat überhaupt nichts mit Marktöffnung zu tun. Einer der klarsten Beweise sind die USA: Die Amerikaner sind die vehementesten Verfechter des freien Marktes und der «wirtschaftlichen Öffnung»; aber gerade sie kämen niemals auf die Idee, die Personenfreizügigkeit (d.h. freie Einwanderung aus anderen Ländern) einzuführen.

Auch die Behauptung, es brauche die Personenfreizügigkeit, damit wir die benötigten Arbeitskräfte in unser Land holen können (z.B. für die Bauern), ist ganz offensichtlich falsch. Einwandern lassen können wir immer, wen wir wollen. Dazu braucht es selbstverständlich weder internationale Verträge noch eine Personenfreizügigkeit.

Der wichtigste Hebel, um den Wohlstand zu halten

Unbestritten ist, dass die Schweiz auch in Zukunft Einwanderung braucht. Absolut entscheidend ist jedoch, welche Art von Einwanderung. Wir brauchen diejenigen Menschen, die uns helfen, unser Land aufzubauen, nicht diejenigen, die von unserem System profitieren wollen. Daran kann auch die Wirt-

schaft kein Interesse haben. Es ist nicht schwer, eine Gesellschaft zu formen, bei der nur eine kleine Elite im Wohlstand lebt, das schafft jedes Drittweltland. Unsere Elterngenerationen aber haben die Schweiz in nur 100 Jahren vom Armenhaus in das reichste Land der Welt verwandelt, in welchem auch die breiten Bevölkerungsschichten einen erstaunlichen Wohlstand erlangten.

Wir dürfen uns diese grossartige Errungenschaft nicht durch eine Einwanderungspolitik zerstören lassen, bei der jedermann kommen kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit der Personenfreizügigkeit die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz auseinander gerissen wird und unser Wohlstand auf den EU-Durchschnitt hinuntergewirtschaftet wird.

Die Entscheidung darüber, wer einwandern darf und wer nicht, ist der wohl wirksamste Hebel, um den Wohlstand eines Landes zu sichern (indem gezielte Arbeits- und Anpassungswillige aufgenommen werden). Wir dürfen diesen Hebel auf keinen Fall aus der Hand geben!

4

... 2 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Wir benötigen eine freie, eigenständige Schweiz, die es wagt, die eigenen Aufgaben verantwortungsvoll zu lösen.
2. 25. September 2005: Abstimmung über die Ost-Personenfreizügigkeit.

und ... 2 dringende Hinweise

1. CH365: 13. August 2005, Interlaken: Gedenktag 60 Jahre Kriegsende. Vortrag von Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg.
2. CH365: Auf den Spuren des weissen Goldes. Besichtigung der Mines de sel (Salzminen) de Bex (VD), Freitag, 30. September 2005. (Bitte Termin reservieren)

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

6.05

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: **PG-30-26847-0**

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt (FDP)
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (JSVP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 24.7.2005

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch